№ 150. Abendblatt.
Dienstag, 1. April.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Bollrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annoncenbureau für Abonnements u. Inserate: W. Krenenstraße 46. O. Ch. Frankfurter Str. 87, SO. Kottbuser Str. 1. S. Kommandantenstr. 55, N. Chausseestr. 67. O. Neue Schönhauserstr. 5.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Act.-Ges. Berlin W. Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich zugestellt 4,50 M.
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Selbstabholen aus der Expedition Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Dr. Lieber †.

Vor wenigen Monaten noch hoffte der seit Jahren leidende Zentrumsführer Dr. Lieber mit seinen Gegnern noch manchen Strauß ausfechten zu können; diese Hoffnung sollte nicht in Erfüllung gehen; am Nachmittage des zweiten Osterfeiertages ist der Vertreter des Wahlkreises Montabaur (Unterwesterwald-Rheingau) in seiner Heimath Camberg gestorben, nachdem er diesen Wahlkreis mehr als 30 Jahre hindurch ununterbrochen im Reichstage vertreten hat. Zu verhältnißmäßig jungen Jahren trat der am 16. November 1838 zu Camberg geborene Ernst Lieber in die politische Laufbahn ein, nachdem er zu Würzburg, München, Bonn und Heidelberg dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften obgelegen hatte. Er war von Geburt Ultramontaner; sein Vater hatte zur Zeit der Kölner Wirren mit Görres zusammen gesessen. Im Jahre 1870 sandten die katholischen Wähler des Unterwesterwaldkreises den 32jährigen Dr. jur. und späteren Inhaber einer Theebandlung zu Camberg in das preußische Abgeordnetenhaus; 1871 entsandte der Wahlkreis St. Goarshausen-Montabaur ihn in den deutschen Reichstag.

Von Anfang an war Lieber ein eifriger Zentrumskämpe; doch erst nach dem Tode Windthorst's trat er als Führer seiner Partei in die Reihe der Parlamentsgrößen erster Ordnung. Es wird damals manchen Wunder genommen haben, daß keines der hocharistokratischen Zentrumsmitglieder, kein oberschlesischer Magnat, kein westfälischer Grande die Erbschaft der „kleinen Exzellenz" aus Meppen anzutreten Lust — oder Kraft verspürte, daß man vielmehr dem einfachen Theebändler aus Nassau es überließ, das Zentrum aus einer Oppositionspartei, die es während der Aera Bismarck gewesen war, in eine regierende Partei umzuwandeln. Dr. Lieber vollbrachte die Metamorphose sowohl an der Partei, wie an sich selbst. Der Mann, der früher einmal geäußert hatte, er wolle lieber mit Johann Most, als mit Herrn von Helldorf paktiren, wurde mit seinen 99 Gesolgsmannen eine feste Regierungsstütze. Persönliche Eitelkeit, von der er nicht frei war, machte ihm den Schritt leicht.

Unter Lieber's Führung wurde das Zentrum militär- und marinefromm, wie nie zuvor, und sein Führer verstimmte es nie, bei solchen Gelegenheiten diplomatische Schlauheit mit kaufmännischem Geschick zu vereinen. Aber bald durchschaute man seine Taktik. Ein verständnißinniges Lächeln ging durch den Reichstag, wenn bei einer neuen Militär- oder Marinevorlage Dr. Lieber Namens des Zentrums das Wort ergriff. Er liebte es, eine solche Rede als große Aktion zu behandeln mit dem feierlichen Pathos, welches eine seiner ersten Eigenthümlichkeiten bildete. Jedoch er hütete sich, bindende Zusagen oder vielmehr Absagen zu machen. Wohl zog er zunächst gegen die Regierung gewaltig vom Leder, um aber später in der Kommission und hinter den Kulissen mit geringfügigen Aenderungen alles zu bewilligen. Für das Zustandekommen der letzten Militär- und Marinevorlagen sind die verbündeten Regierungen ihm vor allen Dank schuldig, und wenn das Zentrum in den letzten 9 Jahren die ausschlaggebende Partei im deutschen Reichstage geworden ist, so ist es dies durch die Politik Lieber's geworden, für welche die derben Süddeutschen die weniger schöne als treffende Bezeichnung „Kuhhandelspolitik" in den deutschen Sprachschatz eingeführt haben.

Die „Köln. Volksztg." rühmt von Dr. Lieber, daß er, stets in den vordersten Reihen des Zentrums stehend, ein überzeugungstreuer, durch selbstlose Opferwilligkeit ausgezeichneter Sohn der katholischen Kirche gewesen sei, „die in ihm einen ihrer besten Vorkämpfer in Deutschland verliert". Das stimmt. Auch Dr. Lieber sah, wie sein Parteigenosse Graf Ballestrem auf dem Katholikentage in Mainz erklärte, im Zentrum die Leibgarde des Papstes. Nicht die Interessen seines deutschen Vaterlandes standen ihm am höchsten, sondern die des ausländischen Oberhauptes der internationalen katholischen Kirche. Um dieser und diesem zu dienen, um die deutsche Regierung dieser zu verpflichten, bewilligte er im deutschen Reichstage Milliarden für militaristische Zwecke, zum Schaden des deutschen Volkes. Wir würden uns einer Unwahrheit schuldig machen, wollten wir das am Sarge dieses hochbegabten Parlamentariers verschweigen.

Und darum bedeutet Lieber's Tod einen gewaltigen Verlust für das Zentrum. War Windthorst eine Kampfnatur, so war er ein Vermittler. Mit seiner Person hielt er das preußische und das süddeutsche Zentrum zusammen. Seine Eigenschaft als annektirter Nassauer, als „Mußpreuße" wußte er dabei trefflich zu verwerthen. Seinem persönlichen Ansehen, seiner reichen parlamentarischen Erfahrung unterwarfen sich bereitwillig die kampflustigen jungen Mitglieder, die Bayern in die Zentrumsfraktion des Reichstages entsandte, und die, seit sich Lieber vom parlamentarischen Kampfplatze zurückziehen mußte, bereits jetzt munter als Hechte im ultramontanen Karpfenteiche herumplätschern. Schon unter normalen politischen Umständen wäre es schwierig, einen Nachfolger für Lieber zu finden; wie viel mehr bei der jetzigen Lage. Er starb seiner Partei sehr ungelegen.

Graf Bülow in Italien.

Aus Venedig wird uns vom 28. März geschrieben:

Nachdem Minister Prinetti und seine Gemahlin Gräfin D'Adda, Gesandtschaftsrath Zucchetti und der Sekretär Mattioli um Mitternacht eingetroffen und im deutschen Grandhotel (Palazzo Fini und Ferri) abgestiegen waren, erfolgte der Besuch Prinettis im Britannichhotel gegen 3/4 12 Uhr.

Die unter vier Augen erfolgte Unterredung währte genau eine Stunde. Daran schloß sich das von dem deutschen Reichskanzler gegebene Gabelfrühstück, woran die Familien Prinetti und Bülow, Bernhard, Zoe, Carl und Alfred, Frau Minghetti, Dr. Bisleroma, Fürst Lichnowsky, Rath Zucchetti und Graf Wedel aus Rom theilnahmen.

Schon Abends sechs Uhr erstattete Graf Bülow den Gegenbesuch. Er währte 70 Minuten in vertraulichem Gespräche. Behufs Verhinderung jeder Belauschung waren besondere Maßregeln getroffen. Die Ministerialbeamten der Auswärtigen Angelegenheiten beider Staaten hatten die Akten der Vorverhandlungen und Abschlüsse des deutsch-italienischen Handelsvertrages und des Dreibundes sammt sämmtlichen Preliminarien des Bündnißvertrages geg. Bismarck, Andrassi, Di Rudini, den Abänderungsvorschlag Crispis mit der Spitze gegen Frankreich, die Noten Visconti-Venosta's u. a. zur Stelle zu schaffen. Die geheimen Staatsarchive in Rom und Berlin hatten ihre Schätze zu diesem Zusammentreffen langer Hand vorbereitet und beigesteuert.

Bei dem sich daran schließenden Gastmahl trank Graf Grimaldi, Bürgermeister von Venedig, auf das Wohl der beiden Staatsmänner. Sprühend von Lebenswürdigkeit und Geist, gewann sich Gräfin Bülow alle Herzen. Auf der Treppe des Britannia-Hotels stürzte Frau Laura Minghetti und schlug sich eine blutige Kopfwunde.

Heute früh reiste Prinetti nach Rom, um dem König Viktor Emanuel III. Bericht zu erstatten: in einer Woche findet die Besichtigung der vereinigten Flotten Rußlands, Frankreichs und Italiens im Hafen von Neapel statt —: wird dabei König Viktor Emanuel erschienen?

Zur Diätenfrage im Reichstage will ein hiesiges Blatt erfahren haben, daß die Entscheidung im Bundesrathe über die von der großen Mehrheit des Reichstages beschlossenen allgemeinen Anwesenheitsgelder günstig ausfallen werde. Die Veranlassung dazu hätten mehrere mittelstaatliche Regierungen gegeben. Diese Nachricht muß bei der ablehnenden Haltung an entscheidender Stelle in Preußen mit Vorsicht aufgenommen werden.

Dr. Krüglers Abschied von den Lehrern. In einem Antwortschreiben des früheren Ministerialdirektors Dr. Krügler auf ein Telegramm, welches der Pädagogische Verein in Bromberg an ihn gerichtet hatte, heißt es:

„Das Scheiden aus dem Unterrichtsministerium, wenngleich es auf meinen eigenen Wunsch erfolgt, wird mir unendlich schwer. Denn mein Herz hängt an der preußischen Volksschule und schlägt für die Lehrer, deren hohe Pflichttreue und unermüdliches Arbeiten an sich selbst Preußens Schulwesen trotz so vieler äußerer Mängel zu einem Vorbild für alle Nationen gemacht hat und erhält. Ihnen bleibe ich auch nach meinem Scheiden aus amtlichen Beziehungen in Treue verbunden.

Die preußische Lehrerschaft kann mit diesem Zeugniß zufrieden sein; der preußische Staat weniger.

Die Dienstpflicht der Volksschullehrer. Für Volksschullehrer, die bereits vor Ablegung ihrer Militärpflicht im Schuldienst angestellt waren, ist folgende Entscheidung einer Regierungsregierung von Wichtigkeit: Am 1. Mai 1901 wurde Lehrer M. als vierter Lehrer in B. angestellt und erhielt auf Verlangen seine Umzugskosten vergütet. Die Gemeinde forderte aber, da der Lehrer am 1. Oktober desselben Jahres zum Militärdienste eingezogen wurde, die ihm gewährte Reiseentschädigung zurück, und der Kreisschulinspektor verfügte, daß binnen acht Tagen die Umzugskosten zurück erstattet werden müßten. Der Lehrer wandte sich an die königliche Regierung und diese entschied zu seinen Gunsten. In dem Bescheide wurde ausgeführt: Wenn auch nach § 20 der Schulordnung ein Lehrer, welcher seine Stelle vor Ablauf von fünf Jahren verläßt, auf Verlangen verpflichtet ist, die ihm bewilligten Umzugskosten zu erstatten, so kann dies doch nicht von einem Lehrer gefordert werden, der durch Einziehung zum Militärdienst seine Stelle zu verlassen gezwungen ist.

Zur Dienstpflicht der Volksschullehrer in der Marine ist nachstehende Mittheilung von Interesse: Auf eine Anfrage beim Kommando der I. Matrosendivision in Kiel, ob er zum Eintritt in die Marine nur den Berechtigungsschein nöthig habe, erhielt ein Lehrer folgenden Bescheid: Um hier einjährig-freiwillig dienen zu können, haben Sie außer dem Berechtigungsschein einen Nachweis über eine zweijährige Seefahrzeit auf deutschen Schiffen zu führen. Sie können aber als Dreijährig-Freiwilliger eintreten und werden nach Ablaufung der vorgeschriebenen Seefahrtzeit bei guter Führung ausnahmsweise in die Kategorie der Einjährig-Freiwilligen eingereiht.

Klageandrohung auf Herausgabe der Beiträge zu einem von Arbeitgebern gegründeten Streikabwehrfonds. Der vom Zentralverbande deutscher Bäckerinnungen „Germania" vor drei Jahren auf dem Zentralverbandstage gegründete große Streikabwehrfonds ist den Gründern durchaus nicht zum Segen ausgeschlagen, sondern zum „Schmerzenskind" im Verbande geworden. Laut Verbandsbeschluß hatte jedes Mitglied pro Jahr 50 Pfennig Beitrag zu dem Streikabwehrfonds, dessen Verwaltung dem Zentralvorstand in Berlin oblag, zu entrichten. Eine Zeit lang ging die Sache glatt, dann erhoben sich verschiedene Meister in der Provinz und erklärten, sie würden Beiträge zu einem solchen Fonds, der schließlich nur den Bäckern in den Großstädten zu Gute käme, nicht zahlen. Der Berliner Polizeipräsident als oberste Verwaltungsbehörde hatte sich mehrfach mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Der Ausgang der vielen Streitigkeiten war, daß der so viel angefochtene Streikabwehrfonds gesperrt wurde. Die angesammelten Gelder, etwa 25 000 Mark, wurden auf der Reichsbank niedergelegt und der Verbandsvorstand beauftragt, für anderweitige Regelung dieses Streikabwehrfonds zu sorgen. . . Der Bäckerinnung zu Glauchau scheint die Regelung aber etwas zu langsam vor sich zu gehen, sie hat, wie uns mitgetheilt wird, unter Klageandrohung vom Zentralvorstande die Zurückzahlung der von den Mitgliedern der Innung Glauchau, als inkorporirte Mitglieder des „Germania-Verbandes" entrichteten Beiträge zum Streikabwehrfonds gefordert. Der Verbandsvorstand verschanzt sich nun hinter den Berliner Polizeipräsidenten, der den Streikabwehrfonds gesperrt hat, und hat der Bäckerinnung Glauchau anheimgestellt, event. gegen diese Behörde den Klageweg auf Herausgabe der Gelder zu beschreiten. Man darf gespannt sein, ob die Glauchauer Bäckermeister gegen den Polizeipräsidenten von Berlin wegen der Streikabwehrfondsgelder wirklich klagbar werden.

Auf dem im August d. J. in Köln stattfindenden 26. Zentralverbandstage deutscher Bäckerinnungen soll auch die leidige Streikabwehrfondsfrage ihre Erledigung finden.

Vorsäure als Fleisch-Konservirungsmittel. Offiziös wird mitgetheilt:

Neuere Mittheilungen über wirthschaftliche Maßregeln, welche angeblich in Amerika wegen des künftigen Ausschlusses Borsäure enthaltenden Fleisches von der Einfuhr nach Deutschland vorbereitet werden, lassen die Meinung aufkommen, als ob das auf Grund des Fleischbeschaugesetzes erlassene Borsäureverbot wirthschaftspolitischen Rücksichten seine Entstehung verdanke und einseitig gegen Amerika gerichtet sei. Eine solche Annahme wäre völlig unzutreffend.

Nach längeren Ausführungen vom hygienischen Standpunkte aus heißt es:

Im Uebrigen liegen die Verhältnisse keineswegs so, daß etwa brauchbare Dauer- und Exportwaare in der Fleischindustrie nur unter Zuhülfnahme von Borsäure hergestellt werden könnte. Bekanntlich ist es auch früher, als Borsäure noch nicht zur Haltbarmachung des Fleisches verwendet wurde, möglich gewesen, gute und marktfähige Fleischdauerwaare herzustellen, und es wird zweifellos die Fleischindustrie sowohl im Inlande als auch im Auslande Ersatz für die Borsäure, deren fernere Zulassung vom gesundheitlichen Standpunkte aus nicht mehr verantwortet werden konnte, zu finden wissen.

Außerdem wird darauf hingewiesen, daß Deutschland nicht der erste Staat sei, der ein solches Verbot erlassen hat. Aehnliche Bestimmungen seien bereits vor längerer Zeit in Frankreich, Belgien und der Schweiz ergangen.

Neue Aufstände in Kamerun. Einer über Hamburg hier eingetroffenen Kameruner Privatmeldung zufolge sind in Bona neue Aufstände ausgebrochen, wobei zwei Leiter von Faktoreien der Hamburger Firmen Randert & Stein und Theodor Maaß durch Geschwindschüsse der Neger schwer verletzt wurden. Die Aufrührer hatten ihre Gewehre mit zerkleinertem Messingdraht geladen.

Was mag die Neger zu der Revolte veranlaßt haben? Hoffentlich erfolgt bald eine amtliche Aufklärung.

Eine Petition an die Mächte soll von Athen aus ergehen. Die dort lebenden Mazedonier hielten eine Versammlung ab und beschlossen, an die Mächte eine Eingabe zu richten, in der sie diese inständig bitten, in Mazedonien zu interveniren, damit der Lage ein Ende gesetzt werde, welche durch die von Bulgaren begangenen Gräuelthaten geschaffen sei.

Englische Humanität predigt ein klein-s Telegramm aus London. Diesem zufolge befand sich an Bord des Transportdampfers „Kanada", welcher gestern in Queenstown eingetroffen ist, eine Anzahl militärischer Gefangener, darunter zwei australische Offiziere, welche zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt sind, als Mitschuldige zweier anderer australischer Offiziere, die bereits hingerichtet sind, weil sie gefangene Buren erschossen hatten.

Einst wurde das Vorkommniß im englischen Parlamente entrüstet abgeleugnet!

Unterdrückte Hiobsposten aus Südafrika werden jetzt in London mit der üblichen Verspätung bekannt. Dortige Blätter klagen:

Ein Telegramm, welches über ein Gefecht, das in der Nacht vom 5. bis 6. März bei Kalwinbin stattgefunden hätte, Mittheilungen machte, ist von der Zensur zurückgehalten worden. Das Telegramm meldete, daß eine englische Kolonne unter Oberst Doran starken Burenabtheilungen angegriffen und völlig aufgerieben wurde. Die Engländer mußten dem Feinde sämmtliche Proviantwagen überlassen. Nach heftigem Kampfe wurden Oberst Doran und 11 Mann getödtet und 30 Mann verwundet.

Zur selben Zeit, da das passirte, schwindelte die Zensur von der endlich vollständigen Säuberung der Kapkolonie!

Zur Friedensaktion. Man ist wieder einmal pessimistisch gestimmt. Aus Pretoria wird vom ersten Feiertage depeschirt:

Die Bemühungen Schalk Burgers', Verhandlungen mit Steijn zu eröffnen, sind bisher erfolglos gewesen. Dewet und Steijn kreuzten die Hauptlinie nach Westen, begleitet von Vannieekerk und Vanderwelde. Ihre Spur wurde bis Parijs festgestellt.

Die Buren operiren stets so prompt zusammen, daß wer gefunden sein will auch gefunden wird. Aber sie wollen offenbar nicht, ehe Wolseley da ist und ihnen sagt, ob er vernünftige Vorschläge bringt. Mit den Kitchener'schen geben sie sich einfach nicht ab.

Aus Amsterdam berichtet uns ein Privattelegramm:

Gegenüber den optimistischen englischen Meldungen, die von einem unmittelbar bevorstehenden Friedensschlusse reden, bewahrt die Umgebung Krüger's eine auffallend kühle und reservirte Haltung. Zuverlässig verlautet, daß England gewillt sei, eine allgemeine Amnestie zu gewähren, ferner die Aufhebung der Proklamation Kitchener's bezüglich der Verbannung der Burenführer unmittelbar bevorstehe, indessen sei in der Frage der Unabhängigkeit Englands Haltung noch unverändert. Hierin herrscht jedoch völlige Uebereinstimmung zwischen allen Burenführern, sowie der europäischen Burenregierung, daß, wenn England keine Zugeständnisse macht, der Krieg unverändert fortdauert. Alles kommt also darauf an, ob Wolseley nach dieser Richtung im Auftrage des Königs Eröffnungen macht; geschieht dies nicht, so könnte von weiteren Verhandlungen mit Burger gar keine Rede mehr sein.

Das ist sehr einleuchtend. Die Engländer mögen also noch mürber werden. Sie halten den Guerillakampf bei weitem nicht so lange aus, als die Buren.

— Die „Frankf. Ztg." meldet aus Newyork: Die kaiserliche Yacht „Meteor" wurde bei Beginn der Probefahrt durch die hohe Fluth gegen das Dock geworfen und leicht beschädigt.

— Der gestern in Kassel abgehaltene Textilarbeiter-Kongreß beschloß, wie die „Frankf. Ztg." meldet, daß die Unternehmer durch Streik verpflichtet werden sollen, für die Heimarbeiter Werkstätten zu errichten. Im Uebrigen soll außerdem der Zehnstundentag gefordert werden, darüber hinaus für Sonnabend eine neunstündige Arbeitszeit.